



Stadt Zossen



## Niederschrift

---

### Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Zossen

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 04.07.2023
<b>Sitzungsbeginn:</b>	19:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	20:17 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Kulturforum Dabendorf, Zum Königsgraben 8, 15806 Zossen

---

#### **Vorsitz**

Peter Hummer

#### **Ordentliches Mitglied**

Carsten Preuß

unentschuldigt

Thomas Czesky

Beata Czech

Vertretung für:  
Sven Reimer

Sven Reimer

entschuldigt

Janine Küchenmeister

Olaf Manthey

Edgar Leisten

#### **Bürgermeisterin**

Wiebke Şahin-Schwarzweiler

#### **Pressesprecher**

Sabine Leifeld

#### **Protokollant(in)**

Juliane Sasse

# Tagesordnung

## Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden
- 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 3 Feststellung der Tagesordnung
- 4 Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses vom 30.05.2023
- 5 Bericht aus der Verwaltung
- 6 Einwohnerfragestunde
- 7 Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder
- 8 Beratung von Beschlussvorlagen
- 8.1 Abwägungsbeschluss über die eingegangenen Stellungnahmen zur 3. Änderung des Flächennutzungsplanes und des Landschaftsplanes 076/23
- 8.2 Feststellungsbeschluss über die 3. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Zossen 077/23
- 8.3 Bewachung Strandbad Wünsdorf 084/23
- 8.4 Änderung der Hauptsatzung - Neubildung des eigenständigen Ortsteils Dabendorf 083/23
- 8.5 Verlängerung / Ausbau 70 Km/h Bereich L79 "Horstfelder Straße" 069/23
- 9 Information Bahnquerung/Nordumfahrung
- 10 Schließung der öffentlichen Sitzung

# Niederschrift

## Öffentlicher Teil

---

### 1 Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden

Die Sitzung wird durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Hummer um 19:00 Uhr eröffnet.

---

### 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Von den acht stimmberechtigten Ausschussmitgliedern sind 7 anwesend. Der Ausschuss ist somit beschlussfähig.

Folgende Ausschussmitglieder nehmen online an der Sitzung teil:

Herr Leisten

---

### 3 Feststellung der Tagesordnung

Es liegen Änderungswünsche oder Einwendungen gegen die Tagesordnung vor.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

TOP 8.4 wird von der Tagesordnung genommen.

Der Ortsbeirat muss hierzu zwingend vorher tagen und eine 2/3 Mehrheit für die Beschlussvorlagen zur Gründung von beiden Ortsteilen, herbeiführen.

Der Beschluss wird demzufolge nach der Sommerpause Thema sein.

---

### 4 Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses vom 30.05.2023

Eine Niederschrift liegt noch nicht vor.

---

### 5 Bericht aus der Verwaltung

Ein Bericht aus der Verwaltung liegt nicht vor.

Frau Şahin-Schwarzweiler beantwortet Fragen, welche an Sie herangetragen wurden.

Zu Fragen von Herrn von Lützow aus dem RSO:

Die Treppe am Bahnhof wird vom Bauhof regelmäßig gereinigt, dementsprechend werden auch die Müllbehälter geleert. Es werden noch Müllbehälter nachbestellt. An die Bürger wird appelliert, den Bahnhof nicht als Müllplatz zu sehen.

Die Treppe am alten Blumenladen ist Privatsache.

Eine Reinigung des Grabens wurde bis dato nicht von DNWAB durchgeführt. Das sind Gräben, die von der unteren Wasserbehörde gereinigt werden. Aufgrund von Personalmangel konnte dies nicht kontinuierlich gemacht werden. Wir sind gerade dabei mit der unteren Wasserbehörde eine Einigung zu finden wann welche Gräben gereinigt werden können bzw. wie wir hier mit unterstützen können.

Der Sandweg Galluner Kanal ist teilweise Eigentum der Stadt Zossen, aber nicht durchgängig. Wir suchen momentan nach einer Firma, die den Weg/die Fahrspur ertüchtigen kann, sodass auch hier wieder Rettungs- und Entsorgungsfahrzeuge fahren können.

Ortsbeirat Horstfelde, Herr Juricke:

Wir hatten bereits ein Gespräch mit Herrn Juricke bezüglich der Schulwegsicherung, insbesondere der Wegeführung. Die Lage wurde festgehalten. Der Bauhof ist beauftragt. Wir haben uns vorgenommen, dass mit Beginn des neuen Schuljahres der Weg gesichert ist und der Weg zur Bushaltestelle fertig gestellt ist.

Der Geh- und Radweg entlang der Landesstraße zwischen Saalow und Chausseehaus ist nicht in unserer Zuständigkeit. Wir sind hier in der Abstimmung mit dem Landesbetrieb für Straßenwesen. Wir haben noch keine Zusage erhalten. Der Weg muss aktiviert werden, da er dann auch Teil des Umleitungskonzeptes Thomas-Müntzer-Straße ist.

---

## **6 Einwohnerfragestunde**

Frau Schreiber:

Die Begründung warum der TOP 8.4 von der Tagesordnung genommen wird, kann ich nicht nachvollziehen. Im RSO ist die Beschlussvorlage mit 6 Nein-Stimmen einstimmig abgelehnt worden, weil sie massive rechtliche Fehler hat. Ich bitte darum, dass die Schuld nicht beim Ortsbeirat Zossen gesucht wird, sondern die Beschlussvorlage zurück geht in die Verwaltung, die hier schlampige Arbeit gemacht hat. Im RSO haben sich alle Mitglieder zu den Ortsteilbildungen und somit der Einleitung des Prozesses bekannt und ich hoffe, dass alle Fraktionen nächste Woche in der SVV diese Beschlussvorlagen mittragen werden, sodass die Anhörung der Bürger vorgenommen und das Verfahren ordentlich rechtssicher eingeleitet werden kann.

Zu dem Thema Bahnquerung Thomas-Müntzer-Straße gab es aus meiner Sicht unbefriedigende Antworten von der Deutschen Bahn und der Verwaltung. Daraufhin hat sich der Landtagsabgeordnete Matthias Stefke mit einer Anfrage an die Landesregierung gewandt. Die schriftliche Antwort liegt inzwischen vor. Auch eine schriftliche Antwort der Bahn liegt nun vor, aus der hervorgeht, dass die neue Brückenvariante mit einer vstl. 2,5 jährigen Sperrung der Thomas-Müntzer-Straße der Verwaltung nicht erst seit Frühjahr 2023 bekannt ist, sondern seit Frühjahr 2022. Wieso haben sie das nicht den Stadtverordneten mitgeteilt? Es wären noch 12 Monate Zeit gewesen an dieser Planung etwas zu ändern um diese Sperrung zu verhindern. Warum haben sie darüber niemanden informiert? Warum wurde das den Stadtverordneten erst offeriert, nachdem das Planfeststellungsverfahren beim Eisenbahnbundesamt bereits eingeleitet war? Sie hatten es monatelang in der Hand und haben nichts getan. Die Frage an die HA-Mitglieder: Werden sie sich dieses Dramas nochmal annehmen, insbesondere herauszufinden wer hier versagt hat und warum sie nicht beteiligt wurden?

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Ich habe das nicht vorher als Information gehabt. Vielleicht können sie diese schriftliche Auskunft auch der Verwaltung zur Verfügung stellen. Wir haben über den Landkreis von der Sperrung erfahren. Alle wussten dass die Brücke barrierefrei ist und ich hatte das auch mehrfach kommuniziert. Wir bezeichnen uns nicht als Opfer. Das liegt an dem Baugrund und den Untersuchungen, die inzwischen gelaufen sind. Wir sind alle bemüht, die Sperrzeit zu reduzieren. Es hat einen technischen Hintergrund und liegt nicht an der Barrierefreiheit. Die Brücke muss so konstruiert werden aufgrund der Baugrundbeschaffenheit und der technischen Machbarkeit. Wenn sie tatsächlich Interesse gehabt hätten, die Stadt hier zu unterstützen, wäre es schön gewesen wenn man sich mal mit der Bürgermeisterin und den Beteiligten unterhält, welche Unterstützung seitens des Landtages noch benötigt wird. Andere Fraktionen kümmern sich wesentlich besser um die Stadt Zossen, gerade was den Schienenersatzverkehr, das Umleitungskonzept, die entsprechende Entschädigung für Bürger betrifft.

Herr Kramer hat die Beschlussvorlage erarbeitet. Mir ist auch aufgefallen, dass 2030 anvisiert war. Dafür kann ich mich nur entschuldigen. Das große Ziel ist es, dass wir die Wahlen zur nächsten Kommunalwahl durchführen können und dementsprechend auch das Go von der Kommunalaufsicht haben. Dass die Beschlussvorlage abgelehnt wurde, kann ich nachvollziehen. Meine Hoffnung war, dass bis zur nächsten SVV zu korrigieren. Dr. Lück hat heute nochmal bestätigt, dass der Ortsbeirat mit einer 2/3-Mehrheit vorher zustimmen muss. Vorher darf die SVV darüber nicht entscheiden. Deswegen macht es keinen Sinn, es heute zu behandeln und wurde vorsorglich auch nicht auf die Tagesordnung der SVV genommen.

Frau Schreiber:

Aus meiner Sicht haben sie die Beschlussvorlage wissentlich so reingegeben und es kann hier nicht von Versehen gesprochen werden.

Zur Thomas-Müntzer-Straße versuchen sie jetzt die Verantwortung wegzuschieben. Wann legen sie endlich die ganzen Protokolle von der Besprechung mit der Bahn von 2022 vor? Dort steht nachweislich drin, dass es dort schon Thema war. Nicht nur dass sie 2020 bereits die barrierefreie Brücke gewünscht haben, sondern dass ihnen 2022 von der Bahn mitgeteilt wurde, dass die Konsequenz einer anderen Brücke eine 2,5-jährige Sperrung ist. Das ist ein Thema, wo die Bürger durch ihr Nichtstun betroffen sind. Die Bitte nochmal an die Fraktionen, lassen sie sich die Unterlagen vorlegen, machen sie einen Beratungspunkt oder eine Sondersitzung daraus, um hier aufzuräumen

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Ich habe nie die Verantwortung von mir gewiesen. Es ist ein Projekt der Deutschen Bahn. Wir sind nicht Bauherr und wir sind nicht diejenigen, die das Planfeststellungsverfahren leiten. Anders ist es was die Kreuzungsvereinbarung bzw. die B246n betrifft. Dort haben wir den B-Plan gemacht. Leider mussten wir hier in den Ausschüssen über die Grundstücksverhältnisse diskutieren und schwere Entscheidungen treffen. Das hätten wir nicht gehabt, wenn die Deutsche Bahn das Planfeststellungsverfahren eingeleitet hätte. Dann bräuchten wir auch nicht in Vorleistung gehen. Jetzt müssen wir Grundstücke abkaufen, Entschädigungen zahlen und hoffen, dass die Deutsche Bahn diese ganzen Kosten an die Stadt Zossen refinanziert.

Die Erklärungen der Bahn und anderer entsprechender Gutachten sind plausibel. Hätten wir in den 90er Jahren gewusst, was in 30 Jahren auf uns zukommt, hätte jeder gesagt, dass wir das nicht wollen. Wir müssen jetzt das Beste daraus machen. Wir arbeiten sehr hart an einem Umleitungskonzept und dass gewisse Punkte in die Kreuzungsvereinbarung mit reinkommen, was eine weitere Umleitungstrecke hinsichtlich Buckowbrücke betrifft. Ich stehe zu meiner Verantwortung als Bürgermeisterin.

Bezüglich der Protokolle kann jeder Akteneinsicht anfordern. Es ist aber nicht Sinn und Zweck auf ihre Anforderung hin Protokolle mit Beteiligung von Dritten darzulegen.

Herr Hummer:

Ich kann mir nicht vorstellen, dass sich die Deutsche Bahn in ihre Planungen reinreden lässt.

Unverständliche Zwischenrufe aus dem Zuschauerbereich.

Herr Hänicke:

Die Bahn lässt sich sehr wohl in ihre Planung argumentieren. Ich selber habe das mit einer Bürgerinitiative gemacht. Der problematische Baugrund war bei der Bahn bekannt, die Bahn wollte aus diesem Grund die Dresdner Bahn gar nicht ausbauen.

Wir sollten dafür werben diese Bahnstrecke zu verhindern. Die Probleme waren allen bekannt.

Frau Şahin-Schwarzweiler-

Es ist interessant wenn sie sagen, dass es damals Möglichkeiten gab, die Bahnstrecke zu verhindern. Dass die Bahn selber nicht bauen wollte und jetzt der schwarze Peter der Bürgermeisterin zugeschoben werden soll. Die Möglichkeit das Projekt anders auf die Beine zu stellen haben wir jetzt leider nicht. Es ist ganz klar eine technische Herausforderung und keine Kostenherausforderung. Wir müssen schauen wie wir die Zeiten optimieren können und was wir beeinflussen können. Die Vorbereitungszeit die die Bahn jetzt investiert, ist sehr wichtig. Wir wollen alle eine Verkürzung der Sperrung.

Herr Hänicke:

Die Interessen lagen damals nicht bei der Bahn, sondern die Bundesregierung hat vorgegeben diese Bahnstrecke auszubauen und die Bahn hatte kein Interesse daran und durfte das aber selbst nicht gegen die Regierung äußern. Die Probleme waren bekannt.

---

## **7 Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder**

Frau Küchenmeister:

Ist es jetzt unklar ob wir die Kosten zurückbekommen? Uns wurde gesagt, dass die Stadt und die Kämmerei wenn nur kurzfristig belastet werden. Was ist jetzt richtig?

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Beides ist richtig. Wir gehen in Vorleistung, reichen die Kosten eins zu eins an die Bahn weiter. Bis jetzt hat die Bahn alle Kosten beglichen. Es gibt auch eine entsprechende Vereinbarung. Wir müssen aber auch jeden Gesichtspunkt, den wir beauftragen müssen, mit der Bahn abstimmen und neu verhandeln. Wo wir Entscheidungen getroffen haben, stehen jetzt Finanzierungen an. Wir werden das auch refinanziert bekommen. Das sind erstmal hohe Kosten. Wir haben eine Rechnungsprüfung und genauso hat die Bahn auch eine Rechnungsprüfung. Die Prüfung von Rechnungen geht nicht von heute auf morgen. Da steckt ein Prozess dahinter. In dem Zusammenhang müssen die Gelder freigegeben werden. Das ist bei der Bahn dementsprechend im Haushalt eingestellt. Jede Rechnung, die Herr Dr. Lück an die Stadt Zossen schickt und die wir weiter schicken, wird von uns und von der Deutschen Bahn geprüft, sodass es immer eine Verzögerung gibt hinsichtlich unseres Cashflows. Wenn die Bahn in das Planfeststellungsverfahren eingetreten wäre, hätten wir diese Punkte nicht gehabt. Dann wäre die Bahn auch für alle Prozesse, wie Grundstückserwerb, wie Entschädigungserwerb und Ausgleichszahlungen verantwortlich. So ist es jetzt aber die Stadt Zossen. Verfahren die geführt werden müssen, führt die Stadt Zossen. Wir hatten auch heute solch einen Termin wo die Stadt Zossen der Rechtsherr ist und nicht die Deutsche Bahn. Gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern ist das oftmals keine angenehme Situation, die man aber hätte vermeiden können.

Frau Küchenmeister:

Über wieviel Tage Verzug reden wir? Ist es so, dass alle Rechnungen über die Kanzlei Dombert gehen und dort immer noch ganz viele Angelegenheiten vom Rathaus geprüft werden und dann wieder zu uns zurückkommen? Wer zahlt denn diese Kosten?

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Das haben sie falsch verstanden. Die Rechnungen, die die Kanzlei Dombert an die Stadt Zossen stellt, wo die Kanzlei für uns tätig werden musste, werden geprüft und dann an die Deutsche Bahn weitergegeben und auch dort nochmal geprüft. Kleine Positionen gehen schneller, große Positionen dauern etwas länger.

Frau Küchenmeister:

Die konkrete Frage war, für wen ist Herr Dr. Lück tätig? Für uns oder für die Deutsche Bahn oder für Beide?

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Das kann man pauschal nicht beantworten. Das ist auf den Sachverhalt bezogen.

Herr Manthey:

Können wir vom Ortsbeirat Zossen und vom Bauausschuss die Ausführungsplanzeichnung zum Ausbau der Jägerstraße/Königsgraben, welche die Baufirma erhalten hat, in Kopie erhalten? Wir hatten im Dezember 2019 eine Zeichnung bestätigt, da sah die Verkehrsführung etwas anders aus. Gibt es dazu einen Fahrbahnmarkierungsplan? Weil sich der Gehweg rechtsführend nicht um die Kreuzung bewegt, sondern dort ist jetzt eine Asphaltierung. Wird der Radweg dort markiert oder noch errichtet?

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Die Pläne können sie sich im Rathaus gern anschauen. Die Pläne von 2018/2019 wurden nicht geändert. Wir können auch gerne im Bauausschuss eine Vorortbesichtigung machen um gemeinsam die Baustelle zu besichtigen und ggf. auch Baufirmen dazu holen. Ich werde das mit Herrn Just abklären.

Aufgrund der Zwischenrufe aus dem Zuschauerbereich wird Frau Schreiber ermahnt.

Herr Leisten:

Gibt es Neues vom Kreis bezüglich der Schule?

Ich hatte keine Niederschrift von der letzten Sitzung des Hauptausschusses in den Unterlagen dabei.

Von der Sperrung der Thomas-Müntzer-Straße weiß ich schon seit über 1 Jahr Bescheid und nicht erst seit Frühjahr 2023. Als die Bahn das Projekt vorgestellt hatte, war schon die Rede von der Sperrung.

Mir hat ein Bürger aus Wünsdorf die Dramatik der nicht vorhandenen Brücke Friedenstraße, wenn dann alles mal fertig ist, kundgetan. Das betrifft viele Bürger aus der Siedlung, die westlich der Bahn liegt. Besteht die Möglichkeit, dass die Stadt doch noch das tut, was mal geplant war?

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Aus eigenem Haushalt ohne Fördermittel und finanzielle Unterstützung seitens des Landes und des Bundes können wir diese Brücke nicht errichten. Wenn es ein passendes Förderprogramm gibt und wir eine Förderung von mindestens 70 Prozent bekommen und nur 30 Prozent Eigenanteil haben, kann das in den Haushalt eingestellt werden.

Die Niederschrift vom 30.05.2023 liegt noch nicht vor.

Zu dem Thema Schule hatten wir ein kurzes Gespräch mit der Landrätin. Man hat sich seitens der Landrätin und seitens Herrn Ferdinand auf das Thema eingestellt und der Kreis muss jetzt arbeiten. Parallel dazu haben wir in der SVV die Änderung des B-Planes. Es gibt dazu momentan nichts Negatives zu berichten.

Herr Leisten:

Besteht die Möglichkeit, dass die Stadt Fördermittel für den Bau der Brücke über die Friedenstraße beantragt?

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Wenn es ein entsprechendes Förderprogramm gibt, werden wir das beantragen. Es ist eine Katastrophe für Wünsdorf, dass diese Brücke nicht gekommen ist und dass sie nicht kreuzungsrelevant war. Wir müssen schauen, dass wir die Brücke irgendwie realisiert bekommen, aber aus unserem Haushalt können wir sie leider nicht alleine finanzieren.

---

## **8 Beratung von Beschlussvorlagen**

---

### **8.1 Abwägungsbeschluss über die eingegangenen Stellungnahmen zur 3. Änderung des Flächennutzungsplanes und des Landschaftsplanes 076/23**

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Der FNP beschäftigt uns schon über 5 Jahre. Wir brauchen die 3. Änderung. Ansonsten haben wir keine Chance auf die 4. Änderung. Es gibt auch schon den ein oder anderen Punkt für die 5. Änderung. Es gab im Bauausschuss einen Punkt hinsichtlich in Glienick. Das ist die Crossstrecke. Hier ist ein Gebiet als zukünftig bebaubar ausgewiesen. Das war nach Recherchen mit dem Bauamt ein Wunsch des Ortsbeirates. Wenn das heute anders gesehen wird, hätte es zur Folge, dass wir die kompletten Pläne nochmal darstellen und ändern müssten. Die Konsequenz wäre, dass wir dann nochmal Geld dafür ausgeben müssten und alle Behörden nochmal ins Benehmen setzen müssen. Deshalb ist meine Bitte, dass die Beschlussvorlage heute so empfohlen wird.

Frau Küchenmeister:

Ich finde es eine Frechheit hier den Ortsbeirat vorzuschieben. Der Ortsbeirat hat schon damals beim FNP nicht zugestimmt, weil diese Fläche nicht gewünscht war. Nicht einmal die Eigentümerin hat davon etwas gewusst. Wir haben im Bauausschuss gesagt, auch Herr Just als Vorsitzender hat empfohlen, die Nummer 10 rauszunehmen. Die Verwaltung wollte davon nichts hören und hat nichts getan. Solange dieser Punkt nicht revidiert ist, und das ist genau das, was der Ortsbeirat möchte, kann von unserer Seite nicht zugestimmt werden.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Das ist ein Prozess der inzwischen über 5 oder 6 Jahre geht. Herr Haase hat alle Wünsche der Ortsbeiräte aufgenommen. Warum sollte denn die Verwaltung auf die Idee kommen, bei einer Cross-Strecke einen B-Plan drüberzulegen? Es gab Einwendungen von einigen Anwohnern, die gesagt haben, das wollen wir nicht. Das nehmen wir auch ernst. Wenn es aber eine Bebauung geben soll, ist immer noch ein B-Plan notwendig. Den Grundstückseigentümern sollte es nicht egal sein, ob dort gebaut wird oder nicht, weil sie dadurch auch eine Werterhöhung durch den FNP erhalten. Ich habe das Verfahren übernommen. Die Punkte waren dort schon drin. Auch Herr Haase hat geäußert, dass er sich nicht vorstellen kann, dass das ein angenehmes Wohnen ist. Es wurde aber drin behalten. Diese Punkte kommen aus Glienick. Ich habe damit kein Problem, wenn Bebauung dort zukünftig nicht zugelassen wird. Ich sage ihnen nur, was die entsprechenden Konsequenzen daraus wären.

Frau Küchenmeister:

Der Ortsvorsteher hat das schon letztes beim FNP vorgetragen. Niemand möchte dort wohnen und bauen. Wo ist dann das Problem, diesen Punkt rauszunehmen? Das war das, was gewünscht war und was die Verwaltung nicht getan hat. Wie ist jetzt das Verfahren? Was haben sie getan, um diesen Punkt zu klären?

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Sie haben damals einen Beschluss herbeigeführt, dass die Offenlage bzw. die

Abwägung in dem FNP vorgenommen wird, wie sie das Anfang 2023 in der SVV beschlossen haben. Etwas anderes hat Herr Haase nicht getan. Der Punkt 10 wurde Anfang 2023 nicht gestrichen. Also wurde die Beschlussvorlage eins zu eins umgesetzt. Jetzt wissen wir, dass Punkt 10 ein Diskussionspunkt ist. Ich hatte auch Herrn Just gesagt, dass ich mich nochmal schlau machen werde, was das in Gänze bedeutet. Wenn die BV mit Punkt 10 beschlossen wird, ändert sich nichts, wenn der Punkt 10 raus soll, nehmen wir das zu Protokoll, dann hat das aber zur Folge, dass wir auch in der SVV abstimmen werden, ob der Punkt 10 reinkommt oder nicht. Sollte Punkt 10 gestrichen werden, bedeutet das eine weitere Verzögerung. Wir müssen dann nochmal mit den Behörden ins Benehmen gehen, wir müssen neue Karten erstellen. Es ist dann eine zeitliche Verzögerung und auch ein Kostenfaktor.

Aufgrund von Zwischenrufen wird Frau Schreiber ermahnt.

Frau Küchenmeister:

Im Abwägungsbeschluss steht, dass den Einwendungen der Bürger nicht Recht gegeben wurde. Man hat das zur Kenntnis genommen und das war es. Es muss eine Änderung hervorgerufen werden. Ihr Prozess ist irgendwie schlecht.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Ich habe ihnen die Konsequenzen dargelegt. Wir haben uns an den Prozess gehalten und den Beschluss eins zu eins umgesetzt. Der Punkt 10 war dort mit dabei. Jetzt soll er nicht dabei sein. Beide Möglichkeiten sind in Ordnung. Der einzige Vorteil ist für die Grundstückseigentümer, die eventuell dort irgendwann mal bauen wollen, diese Möglichkeit wird jetzt quasi verwehrt.

Herr Hummer:

Baurecht wird geschaffen durch den P-Plan. Wie hoch sind ca. die Kosten, wenn wir alles nochmal ändern?

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Ich gehe davon aus, dass wir nochmal so ca. 30.000 Euro investieren.

Es gibt wiederholt Zwischenrufe von Frau Schreiber.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Wichtig ist, dass wir heute eine Entscheidung treffen. Der Punkt 10 ist auch nicht grundlos reingekommen. Das möchte ich auch nochmal betonen. Ich bitte, dass wir zur Abstimmung kommen und die Verwaltung empfiehlt den Beschluss so zu empfehlen wie er ihnen vorliegt.

Abstimmung. 4/2/1

### **Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

1. die vorliegenden Abwägungsvorschläge werden angenommen.

oder

2. die Abwägungsvorschläge werden laut Protokoll geändert angenommen

und

3. die Verwaltung wird beauftragt, die Öffentlichkeit sowie die Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange, die Stellungnahmen eingebracht haben, von diesem

Ergebnis in Kenntnis zu setzen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
4	2	1

---

**8.2 Feststellungsbeschluss über die 3. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Zossen**

**077/23**

Abstimmung: 4/2/1

Es findet eine Pause von 19:57 Uhr bis 20:05 Uhr statt.

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

1. die Billigung der vorliegenden Planzeichnung zur 3. Änderung des Flächennutzungsplanes und
2. die vorliegende Begründung der 3. Änderung des Flächennutzungsplanes mit Anpassung des Landschaftsplanes und
3. die Planzeichnung mit Begründung und Umweltbericht und Anpassung des Landschaftsplanes zur 3. Änderung des Flächennutzungsplanes werden zur Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde vorgelegt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
4	2	1

---

**8.3 Bewachung Strandbad Wünsdorf**

**084/23**

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Wir sind der Ansicht dass es Sinn macht, das Strandbad Wünsdorf in der Saison mit einem Wachschatz zu besetzen.

Frau Küchenmeister:

Beantragung auf namentliche Abstimmung.

Frau Küchenmeister: nein

Herr Manthey: nein

Frau Czech: ja

Herr Czesky: ja

Frau Şahin-Schwarzweiler: ja

Herr Hummer: ja

Herr Leisten: ja

**Beschluss:**

Die Mitglieder des Hauptausschusses der Stadt Zossen beschließen die Beauftragung eines Wachschatzes zu Sicherung des Strandbad Wünsdorf während der

Sommersaison, vorrausichtlich bis 31.08.02023.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
5	2	0

---

**8.4 Änderung der Hauptsatzung - Neubildung des eigenständigen Ortsteils Dabendorf**

**083/23**

Der TOP wurde von der Tagesordnung genommen.

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt nachfolgende Änderungssatzung zur Hauptsatzung.

**Änderungssatzung zur Hauptsatzung**

§1 Änderung der Ortsteile

§4 Abs. 1

Ziffer 10 wird wie folgt neu gefasst:

- „10. Ortsteil Zossen, Gemarkung Zossen“

§4 Abs. 1

Ziffer 11 - wird neu hinzugefügt

- „Ortsteil Dabendorf, Gemarkung Dabendorf“

§4 Abs. 2 - Ziffer 1 entfällt

Die nachfolgenden Ziffern ändern sich entsprechend.

§5 Abs. 2 - wird wie folgt ergänzt

- k) Dabendorf 5 Mitglieder

§2 Inkrafttreten

Diese Änderungssatzung tritt am Tag nach der nächstfolgenden Kommunalwahl in Brandenburg in Kraft.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
0	0	0

---

**8.5 Verlängerung / Ausbau 70 Km/h Bereich L79 "Horstfelder Straße"**

**069/23**

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Es gab eine Änderung im RSO und auf Wunsch des Ortsbeirates, die wir hier noch gerne ergänzen, weil das auf jeden Fall auch Sinn macht. Vielleicht kann Herr Czesky nochmal kurz sagen, wie der RSO zu Protokoll abgestimmt hat.

Herr Czesky:

An der Bushaltestelle in Nächst Neuendorf, am Abzweig B246 Richtung Horstfelde ist

jetzt 70 km/h und da möchten wir gerne 50 km/h haben und den Rest der Strecke 70 km/h. Das hatten wir im RSO so abgestimmt.

Abstimmung: 7/0/0

### **Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt: die Stadt Zossen zu beauftragen, eine Genehmigung zur Erweiterung / Ausbau des bestehenden Tempo 70 Km/h Bereiches auf der L79 "Horstfelder Straße" bei der zuständigen Behörde des Landkreis Teltow- Fläming zu beantragen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
7	0	0

---

## **9 Information Bahnquerung/Nordumfahrung**

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Zur Nordumfahrung sind wir uns jetzt so gut wie mit allen Eigentümern einig. Wir haben dort die Grundstücke zur Verfügung gestellt bekommen. Ein Gespräch steht noch aus. Ich denke, dass wir auch hier eine gute Einigung erzielen. Mit dem B-Plan sind wir mit Herrn Haase auch soweit. Die ersten Untersuchungen liegen vor. Wir hatten am 03.05.2023 damit angefangen. Demzufolge können wir ihnen dann auch eine Vorzugsvariante präsentieren.

Der Querpunkt ist nach wie vor gesetzt. Wir sind mit der Bahn in Abstimmung. Es hat sich aber nichts weiter verändert. Seitens der Bahn hat sich etwas ergeben. Die Baustelle wird 2029 fertig sein. Wir hoffen, dass wir dann parallel dazu die Nordumfahrung in Betrieb nehmen können. Wir hatten im Projektplan 2027 angestrebt. Das ist nach wie vor auch zu schaffen. Die Bahn sagt jetzt eben, dass sie mit den kompletten Bauarbeiten im Stadtgebiet 2029 fertig sind und dass der Abschnitt Dabendorf dementsprechend erst 2027 bzw. Mitte 2026 begonnen wird. Vom Zeitplan her sind wir safe. Wir sind uns auch mit der Bahn und dem Landesamt für Straßenwesen einig, dass wir ein Planfeststellungsverfahren machen was die Unterführung in Dabendorf betrifft und das wir die Vorzugsvariante, die wir in der SVV besprochen haben, im Planfeststellungsverfahren mit einreichen werden.

Frau Küchenmeister:

Welche Vorzugsvariante kommt in Dabendorf zum Tragen? Es gab immer noch die 4 Varianten. Wir hatten uns für eine entschieden. Da wussten wir noch nicht welche ist die von der Bahn, was kostet uns das. Gibt es eine Entscheidung, Pläne im Rathaus? Liegt das schon vor? Das sollte ja alles schon da sein.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Wir brauchen keine weitere Beschlussvorlage. Es gibt für die Stadt Zossen keine weiteren Veränderungen. Das ist die Vorzugsvariante, die wir in der SVV beschlossen haben. Die geht ins Planfeststellungsverfahren. Die Ergebnisse werden uns dann mitgeteilt. Da es kreuzungsrelevant ist, haben wir aktuell dazu auch keine Summe.

Herr Hummer:

Also gibt es eine Unterführung?

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Ja.

Frau Küchenmeister:

Können wir das schriftlich haben, dass die Bahn sich entschieden hat, unseren Empfehlungen zu folgen, sodass für uns keine Mehrkosten entstehen und alles die Bahn trägt?

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Da wird es dann eine Kreuzungsvereinbarung geben, dass die entsprechenden Kosten, die kreuzungsrelevant sind, durch die Bahn bzw. durch das EBA aufgeteilt werden.

---

## **10 Schließung der öffentlichen Sitzung**

Herr Hummer schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:13 Uhr.

Peter Hummer  
Vorsitz

Juliane Sasse  
Protokoll